
N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 4

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie

am 06.12.2010

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Hartmut Ganzke (SPD)
Jens Hebebrand (SPD)
Claudia Isenberg (SPD)
Ursula Lindstedt (SPD)
Hubert Hüppe (CDU)
Helmut Krause (CDU)
Ursula Sopora (CDU)
Jochen Nadolski-Voigt (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Gabriele Wentzek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Werner Sell (DIE LINKE.)
Helmut Stalz (FWG)
Dirk Kolar (SPD)
Brunhilde Weinhold (SPD)
Gerhard Meyer (CDU)
Marlies Deppe (CDU)

sachkundige Bürger

Siegfried Pogadl (SPD)
Klaus-Peter Winkler (SPD)
Anja Müller (SPD)
Michael Wissmann (CDU)
Rainer Seepe (FDP)
Ulrich Goldemann (GFL)

Von der Verwaltung

Herr Sparbrod, Dez. III
Herr Diekmännken, L FB 50
Frau Grewe, FB 50
Frau Raupach, FB 50 – L RAA
Herr Zakel, FB 50
Frau Rauert, L PK
Herr Vertgewall, LK – Schriftführer

Gäste- und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Herr Ringelsiep, Geschäftsführer der ARGE Kreis Unna
Herr Neuhaus, Geschäftsführer der ARGE Kreis Unna
Vertreter der Wohlfahrtsverbände

Herr Nadolski-Voigt begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Konzept zur schulischen Integration von Seiteneinsteigern;
Bericht der Verwaltung (RAA)

Punkt 2

ARGE Kreis Unna;

- Bericht der Geschäftsführung
- Bericht der Verwaltung zum künftigen optimierten Jobcenter

Punkt 3

189/10

Neuorganisation SGB II

- Bestellung der Mitglieder in der Trägerversammlung
- Politische Begleitung der Arbeit der Trägerversammlung und des Jobcenters

Punkt 4

190/10

Modellprojekt „Bürgerarbeit“;
Kofinanzierung durch den Kreis Unna

Punkt 5

195/10

Haushalt 2011 des Kreises Unna für den Fachbereich 50 – Arbeit und Soziales –

Punkt 6

196/10

Verlängerung der Vereinbarung zur Durchführung der Frühförderung

Punkt 7

194/10

Zuschüsse an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im Haushaltsjahr 2010

Punkt 8

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Konzept zur schulischen Integration von Seiteneinsteigern;
Bericht der Verwaltung (RAA)

Erörterung

Herr Sparbrod berichtet, dass es sich hierbei um einen Bereich handele, mit dem man sich bereits seit längerer Zeit beschäftige. Bislang gebe es für die sogenannten Seiteneinsteiger kein ausreichendes Beratungskonzept, um einen zielgerichteten Förderunterricht umsetzen zu können. Anfang des Jahres habe sich dann der Fachverband IN VIA dieser Aufgabe gewidmet, da es einige Kinder im Kreisgebiet gegeben habe, die im schulischen Bereich aufgrund fehlender Kapazitäten nicht gefördert werden konnten. Hier sei nun ein vielversprechendes Modellprojekt erarbeitet worden, was der Kreis nach Rücksprache mit der Bezirksregierung aufgreifen wolle. Die neue Konzeption solle künftig auf 3 Säulen – einer hinreichenden Information der Eltern, einer intensiven Beratung und Begleitung durch die RAA sowie einer Bildung von Schwerpunktschulen – beruhen. Im nächsten Jahr wolle man damit beginnen, entsprechende Kapazitäten zu schaffen und die Schwerpunktschulen zu definieren.

Im Anschluss an die einführenden Worte des Dezernenten geht Frau Raupach zunächst auf die momentane Problematik ein und stellt anschließend die Neukonzeptionierung vor (siehe auch **Anlage 1**). Durch eine verstärkte Zusammenarbeit von Ausländerbehörde, Schulverwaltung und RAA wolle man die Situation künftig optimal gestalten. Im Januar werde man nach Erhalt der entsprechenden Daten mit den Erstgesprächen anfangen und eine Bestandserhebung durchführen. Zum Schuljahr 2011/12 wolle man dann mit der Zertifikatsfortbildung beginnen. Mit Umsetzung dieser Maßnahmen habe man das Ziel und die Hoffnung, die bestehende Lücke schließen zu können. Die Leiterin der RAA geht im Anschluss auf Fragen der Ausschussmitglieder und in dem Zusammenhang auch noch einmal näher auf die Bildung der Schwerpunktschulen ein.

Herr Sparbrod ergänzt, dass man den Ausschuss nach Abschluss der Vorgespräche mit einer Sitzungsvorlage weiter informieren wolle.

Punkt 2

ARGE Kreis Unna;

- Bericht der Geschäftsführung
- Bericht der Verwaltung zum künftigen optimierten Jobcenter

Erörterung

Herr Ringelsiep stellt eingangs fest, dass die ARGE sich am Ende des Monats mit guten Ergebnissen verabschieden werde. In einer der vorherigen Sitzungen sei bereits über die Ansiedlung von Amazon in Werne berichtet worden. Dieses habe sich für den Kreis Unna als eine sehr gute Sache erwiesen, insgesamt habe man dort bis Ende November über 500 Personen - davon alleine 299 aus dem Bereich der ARGE Kreis Unna - in Arbeit vermitteln können. Neben diesem „Leuchtturm-Projekt“ habe man in 2010 rd. 23% mehr Menschen auf dem Arbeitsmarkt integrieren können als dieses aufgrund der Leistungsvorgaben erwartet worden sei. Auf Nachfrage von Herrn Goldemann, um wie viele Menschen es sich dabei handele, teilt Herr Ringelsiep mit, dass man die Zahlen dem Protokoll als Anlage beifügen werde (siehe **Anlage 2**).

Über das Arbeitsmarktprogramm 2011 des Jobcenters berichtet im Anschluss Herr Neuhaus. Neben den allgemeinen Zielvereinbarungen, die mit den Trägern geschlossen worden seien, gebe es natürlich auch noch besondere Ziele, die sich aus den diversen Programmen und der eigenen Schwerpunktsetzung ergeben würden. Hierzu gehörten insbesondere die Senkung der Jugendarbeitslosigkeit, eine Steigerung bei der Integration der ü50-Jährigen und der Alleinerziehenden sowie der Integrationen im Rahmen des Projektes „Bürgerarbeit“. Die Umsetzung dieser Vorhaben müsse im kommenden Jahr mit einem eingeschränkten Finanzvolumen erfolgen, da die Eingliederungsmittel von Seiten des Bundes um rund 32 % gekürzt worden seien. Dieses bedinge eine Konzentration und Priorisierung der Maßnahmen. Trotz des eingeschränkten Haushaltes gehe man aufgrund der Erwartungen an eine konjunkturelle Erholung von einer positiven Entwicklung im kommenden Jahr aus, so Herr Neuhaus. Die freien Mittel seien konstant geblieben und man sei froh darüber, mehrere Bundesprojekte zu haben, weshalb man trotz der Einsparungen mit einem „blauen Auge“ davon gekommen sei. Der Geschäftsführer gibt zum Abschluss seines Teilberichtes noch einen kurzen Ausblick auf das geplante Gutscheinsystem der Bundesregierung zum Thema „Bildung

und Teilhabe“.

Herr Sparbrod weist zum letzten Punkt darauf hin, dass er allerdings nicht davon ausgehe, dass bis Anfang Januar alles stehen werde. Derzeit erfolge eine Abfrage der möglichen Angebote vor Ort, um im Laufe des ersten Quartals des kommenden Jahres zu konkreten Vereinbarungen zu kommen. Das Arbeitsmarktprogramm 2011 solle formell in der ersten Sitzung der Trägerversammlung Mitte Januar 2011 beschlossen werden. Anmerken wolle er auch, dass es nicht nur Einbußen im Eingliederungsetat geben werde. Für die Personal- und Sachkosten stünden ebenfalls Kürzungen in Höhe von etwa 4,5 % an, was zur Folge haben werde, dass nicht alle auslaufenden Verträge verlängert werden könnten. Eine Umschichtung von Mitteln werde auch nur in geringem Maße erfolgen. Hinsichtlich des neuen Jobcenters sei man derzeit dabei, die letzten notwendigen Verfahrensschritte zu erledigen und er gehe davon aus, dass man dieses bis Ende des Jahres abgeschlossen habe, so der Dezernent.

Herr Neuhaus teilt auf Nachfrage von Frau Wentzek mit, dass es derzeit keine Hinweise des Bundesarbeitsministeriums gebe, wie eine kulturelle Teilhabe und Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund aussehen solle. Allerdings habe man selber gewisse Vorstellungen, mit dem Thema umzugehen. Problematisch sei jedoch, wie auch bereits von Frau Raupach unter TOP 1 angesprochen, dass es gewisse statistische Hindernisse gebe, zwischen ausländischen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund zu differenzieren.

Die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie nehmen die Berichte der beiden Geschäftsführer und die weiteren Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 3

189/10

Neuorganisation SGB II

- Bestellung der Mitglieder in der Trägerversammlung
- Politische Begleitung der Arbeit der Trägerversammlung und des Jobcenters

Erörterung

Herr Nadolski-Voigt geht kurz auf die Hintergründe der Sitzungsvorlage ein und merkt nach Rücksprache mit den Fraktionsvertretern an, dass eine Bestellung der Mitglieder in der Sitzung des Kreistages erfolgen werde. Vorschlagen wolle er zudem, so der Vorsitzende, den Teilnehmerkreis der Verwaltung im Unterausschuss nicht auf die in der Vorlage genannten Funktionen (Seite 4 der Vorlage) zu beschränken und bei Bedarf auch andere Bereiche zu beteiligen.

Herr Sparbrod teilt mit, dass er diese Anregung gerne aufgreifen wolle und dieser Aspekt bei der Beschlussfassung im Kreistag berücksichtigt werden solle.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage und auch die Anmerkungen zustimmend zur Kenntnis.

Punkt 4

190/10

Modellprojekt „Bürgerarbeit“;

Kofinanzierung durch den Kreis Unna

Erörterung

Herr Sparbrod geht zu Beginn der Erörterung ausführlich auf mehrere Fragen von Herrn Stalz ein und weist gemeinsam mit Herrn Diekmännken darauf hin, dass es sich bei dem mit der Vorlage verbundenen Zahlenwerk um Planzahlen handle, da bislang auch noch keinerlei Erfahrungswerte vorliegen würden und es zudem sehr viele Unbekannte gebe, die eine genaue mathematische Berechnung derzeit nicht zuließen.

Für ihn sei es wichtig, so Herr Ganzke, dass ein solches Modellprojekt im Kreis Unna durchgeführt werden könne und dass man das Positive in den Vordergrund stellen müsse. Insofern wolle er den Machern der ARGE zunächst einmal für ihre Bemühungen danken. Hierbei handle es sich um die stets geforderte aktive Arbeitsmarktpolitik, die im Idealfall 200 Menschen über einen Zeitraum von 3 Jahren in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis bringe.

Herr Neuhaus weist darauf hin, dass das Förderkonstrukt vorsehe, auch während der Phase der Bürgerarbeit vermittlungsunterstützende Leistungen zu erbringen. Der Kreis Unna sei im Vergleich übrigens gar nicht so großzügig, Gelsenkirchen beispielsweise erbringe für jede Bürgerarbeit zusätzlich einen Betrag von 300 Euro im Monat.

Der Geschäftsführer der ARGE beantwortet im Anschluss noch weitere Fragen der Ausschussmitglieder. Dabei geht er noch einmal kurz auf das Antragsverfahren ein und hebt auch noch einmal hervor, dass mit Ausnahme der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung alle sozialversicherungsrelevanten Regelungen Berücksichtigung finden würden.

Es sei eine ganz wichtige Botschaft an alle Antragssteller, dass der Kreis Unna bereit sei, einen Teil der Mittel aufzubringen und dadurch deutlich zu machen, was einem Beschäftigung überhaupt wert sei, so der Appell von Herrn Diekmännken zum Ende der Diskussion.

Auch aufgrund von Beratungsbedarf einzelner Fraktionen verzichtet der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie auf eine Beschlussempfehlung.

Punkt 5

195/10

Haushalt 2011 des Kreises Unna für den Fachbereich 50 – Arbeit und Soziales –

Erörterung

Herr Sparbrod stellt die Entwicklungen des Haushaltes für den Fachbereich Arbeit und Soziales vor und

erläutert die wesentlichen Ansätze im Haushaltsjahr 2011 (siehe **Anlage 3**). Es gebe etwas günstigere Tendenzen, so dass er hoffe, im Jahr 2011 mit etwa 3,3 Mio. Euro weniger auskommen zu können.

Auf Nachfrage von Frau Wentzek teilt der Sozialdezernent mit, dass sowohl der Aufwand als auch der Ertrag aus dem Modellprojekt „Bürgerarbeit“ soweit wie möglich eingerechnet worden sei. Alle sich ergebenden Änderungen würden über die Budgetberichte in 2011 zur Kenntnis gegeben.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie nimmt den Haushalt 2011 zur Kenntnis.

Punkt 6

196/10

Verlängerung der Vereinbarung zur Durchführung der Frühförderung

Erörterung

Zu Beginn der Erörterung teilt Herr Sparbrod mit, dass es noch Gesprächsbedarf mit der Frühförderstelle hinsichtlich der Stellenbewertungen und auch der Ergebnisse des Gutachtens gebe, so dass von Seiten der Verwaltung zunächst darum gebeten werde, die Vereinbarung bis zum 30.06.2011 zu verlängern. Im Anschluss an die Gespräche solle dann eine neue Vereinbarung vorgelegt werden.

Frau Wentzek teilt mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorschlagen wolle, die Vereinbarung und damit die Förderdauer aus Gründen der Planungssicherheit um ein Jahr und nicht nur um sechs Monate zu verlängern. Hinsichtlich einer möglichen Veränderung der Organisationsstruktur sei es zwingend notwendig, rechtzeitig in eine fachliche Diskussion einzutreten. Eine solche Diskussion solle dann erfolgen, so Herr Sparbrod, wenn mit einer neuen Sitzungsvorlage auch der Entwurf einer neuen Vereinbarung vorliege.

Für die CDU-Fraktion sehe er noch Beratungsbedarf, so die Anmerkung von Herrn Hüppe. Er teile aber die Auffassung, dass man sich im Vorfeld intensiv mit dem Thema beschäftigen müsse, um ein qualitativ angemessenes Ergebnis zu erlangen.

Von Bedeutung seien hier doch die Punkte, die aufgrund der Vorschläge von Herrn Dr. Heinz in der Finanzstrukturkommission aufgegriffen wurden und nun von den Fraktionen und Gruppen zu diskutieren seien, so Herr Ganzke für die SPD-Fraktion. In dem Prozess befinde man sich derzeit. Mit einer Verlängerung um ein halbes Jahr gebe man der Frühförderstelle das Signal, dass die Finanzierung weiter erfolge und die Arbeit fortgesetzt werden könne. In dieser Zeit sei die Möglichkeit gegeben, zu einer Lösung zu kommen.

Im Anschluss an eine intensive Diskussion und nach weiteren Klarstellungen von Herrn Sparbrod verständigt sich der Ausschuss einvernehmlich darauf, das Thema zu begleiten und frühzeitig die fachliche Diskussion zu führen. Auch kommt man zu dem Ergebnis, dass es trotz generell noch bestehenden Beratungsbedarfs möglich sei, zu der Vorlage heute eine Beschlussempfehlung abzugeben.

Beschluss

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag nachstehende Beschlussfassung vorzuschlagen:

Die Vereinbarung gemäß § 75 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe – (SGB XII) mit der gemeinnützigen Gesellschaft für Frühförderung und Frühtherapie Unna mbH zur Durchführung der Frühförderung wird bis zum 30.06.2011 verlängert. Für die Dauer der Laufzeitverlängerung wird die pauschale Kostenabgeltung je Fördereinheit in der für das Jahr 2010 vereinbarten Höhe festgeschrieben.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 7

194/10

Zuschüsse an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im Haushaltsjahr 2010

Erörterung

Frau Wentzek erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Beschlussvorschlag folgen werde. Zudem sei an dieser Stelle angemerkt, dass man eine Bezuschussung auch künftig sichergestellt wissen wolle. Eine Partnerschaft mit den freien Wohlfahrtsverbänden sei nach dem Subsidiaritätsprinzip notwendig, um die Übernahme der sozialen Aufgaben in den Kommunen zu gewährleisten. Sicherlich könne man über Zielvereinbarungen sprechen aber nicht über den Zuschuss an sich.

Die SPD-Fraktion könne einer solchen Argumentation uneingeschränkt zustimmen, so die kurze Stellungnahme von Herrn Ganzke.

Herr Hüppe teilt mit, dass die CDU-Fraktion der Sitzungsvorlage für 2010 zustimmen werde. Mit Blick auf eine in Zukunft anstehende Diskussion sei jedoch die Frage erlaubt, ob der Verteilungsmaßstab in seiner jetzigen Form gerecht sei, da alle Verbände die gleiche finanzielle Unterstützung erhielten, das Engagement vermutlich aber doch unterschiedlich sei.

Herr Sparbrod geht zum Ende der Erörterung noch kurz auf Fragen der Ausschussmitglieder zu möglichen vertraglichen Änderungen ein.

Beschluss

Den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Unna, hier: Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Unna, sowie Diakonie, werden aus Haushaltsmitteln des Jahres 2010 Zuschüsse für die Wahrnehmung von zusätzlichen und ergänzenden Aufgaben der sozialen Arbeit in Höhe von je 30.677 €, insgesamt 153.385 €, bewilligt.

Weitere 1.535 € erhält der Caritasverband für den Kreis Unna e.V. als der für die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände im Kreis Unna zur Zeit tätige Sprecherverband.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie nimmt den gemeinsamen Verwendungsnachweis für das Jahr 2009 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 8

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Vorstellung des Vereins „Neueinstellung e.V.“ - Anfrage von Herrn Hüppe

Herr Hüppe berichtet kurz von dem Verein „Neueinstellung e.V.“, der sich mit der Thematik „Übergang Schule/Beruf“ befasst und sich um Jugendliche kümmert, die ansonsten sehr wahrscheinlich in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen untergebracht würden. Hier wolle er anfragen, ob es die Möglichkeit gebe, die Arbeit des Vereins im Rahmen einer Ausschusssitzung vorstellen zu lassen. Herr Nadolski-Voigt und Herr Sparbrod sagen zu, das Thema möglichst für die nächste Sitzung aufzugreifen.

2. Jugendgästehaus auf der Ökologiestation in Bergkamen / Einrichtung eines Integrationsbetriebes Anfrage von Herrn Hüppe

Herr Hüppe fragt noch einmal nach dem aktuellen Sachstand über die Einrichtung eines Integrationsbetriebes auf dem Gelände der Ökologiestation (Jugendgästehaus). Gerüchteweise habe er gehört, dass es ein Gutachten gebe, wonach ein Integrationsbetrieb zwar möglich sei, aber nur unter anderen Voraussetzungen und einer anderen Beteiligung. Herr Sparbrod teilt mit, dass er selber an den entsprechenden Gesprächen nicht beteiligt gewesen sei, ein aktueller Sachstandsbericht jedoch schriftlich als Anlage zum Protokoll beigelegt werde (siehe **Anlage 4**).

3. Schuldnerberatung für Inhaftierte – Anfrage von Frau Lindstedt

Frau Lindstedt teilt mit, dass im Rahmen einer SPD-Arbeitskreissitzung in der JVA Schwerte die Fragestellung an sie herangetragen worden sei, wie es mit der Schuldnerberatung für Inhaftierte nach dem Wegfall der Beratung durch den Verein Signal e.V. weitergehe. An den Strukturen der Schuldnerberatung habe sich nichts geändert, so Herr Sparbrod, da auch diese Aufgabe von der Werkstatt im Kreis Unna e.V. übernommen worden sei. Er werde aber Kontakt mit der Mitarbeitern vor Ort aufnehmen, da er nicht genau wisse, was in der Vergangenheit geleistet wurde und warum das Ganze ins Stocken geraten sei. Frau Sopora merkt kurz an, dass es eine ähnliche Diskussion auch in der Vergangenheit im JVK Fröndenberg gegeben habe und es sich eigentlich um eine Angelegenheit des Justizministeriums und somit des Landes handle. Hinsichtlich einer Kostenübernahme sei dem wohl auch so, teilt Frau Lindstedt mit. Letztlich gehe es aber insbesondere um die Durchführung der Beratung.

4. Entwicklung der Fallzahlen zum Sozialticket – Mitteilung von Herrn Sparbrod

Herr Sparbrod teilt kurz mit, dass die aktuellen Zahlen zum Sozialticket dem Protokoll als Anlage beigelegt werden (siehe **Anlage 5**).

5. Rückführung von Angehörigen ethnischer Minderheiten in die Republiken Kosovo und Serbien

Mitteilung von Herrn Sparbrod

Entsprechend des als **Anlage 6** beigelegten Erlasses des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen sei eine zwangsweise Rückführung von Angehörigen ethnischer Minderheiten in die Republiken Serbien und Kosovo bis zum 31.03.2011 ausgesetzt worden, so die Mitteilung von Herrn Sparbrod. Ausgenommen davon seien Straftäter.

6. Außendienst der ARGE Kreis Unna – Mitteilung von Herrn Sparbrod

Herr Sparbrod teilt mit, dass an ihn aus der Politik die Bitte herangetragen worden sei, mal über die finanziellen Auswirkungen des Außendienstes der ARGE zu berichten. Der Bericht für 2009 liege ihm vor. Er schlage jedoch vor, auch den Bericht für 2010 in die Betrachtung aufzunehmen und hierüber in der ersten Sitzung im kommenden Jahr zu sprechen.

Weitere Mitteilungen oder Anfragen ergeben sich nicht.

Ende der Sitzung 17.40 Uhr

Anlagen

1. Konzept zur schulischen Integration von Seiteneinsteigern
2. Informationen der ARGE Kreis Unna zur Anzahl der Integrationen, zum Arbeitsmarktprogramm und zur Bürgerarbeit
3. Kennzahlen zum Haushaltsentwurf 2011 des Budgets 50 – Arbeit und Soziales
4. Sachstandsbericht zur Errichtung eines Integrationsbetriebes (Jugendgästehaus) in Bergkamen-Heil
5. Aktuelle Zahlen zum Sozialticket des Kreises Unna
6. Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW zur Rückführung von ethnischen Minderheiten in die Republiken Kosovo und Serbien

Nadolski-Voigt

Vorsitzender

Vertgewall

Schriftführer